

Entscheidungen des Bundesgerichts, I. sowie II. sozialrechtliche Abteilung

Urteile veröffentlicht im Juli 2017

AHV

Urteil vom 26. Juni 2017

9C_436/2016

Haftung des Arbeitgebers; Sanierungsmöglichkeit

Art. 52 AHVG

Frage der Entschuldbarkeit der Nichtbezahlung von Sozialversicherungsbeiträgen mit Blick auf das Überleben des Unternehmens (E. 8.2).

Urteil vom 12. Juli 2017

9C_401/2017

Abgrenzung der selbständigen von der unselbständigen Erwerbstätigkeit; Masseur im Hotel

Art. 5, Art. 9 AHVG

Im konkreten Fall stellt die in einem Hotelbetrieb ausgeübte Masseur-Tätigkeit eine unselbständige Tätigkeit dar. Dass auch Elemente einer selbständigen Erwerbstätigkeit vorliegen, ändert daran nichts, weil die für die Annahme einer unselbständigen Erwerbstätigkeit sprechenden Kriterien überwiegen (E. 3).

IV

Urteil vom 6. Juni 2017

8C_105/2017

Leichte und mittelgradige depressive Störung; Therapieresistenz

Art. 7, Art. 8 ATSG

Rechtsprechung des Bundesgerichts zur prinzipiellen Therapierbarkeit von leichten bis mittelgradigen depressiven Störungen (E. 4.5). Massgeblichkeit und Bedeutung von Qualitätsleitlinien zur Erstellung von Gutachten (E. 4.4).

Urteil vom 14. Juni 2017

9C_241/2017

Entzug der aufschiebenden Wirkung/Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung im kantonalen Beschwerdeverfahren

Art. 29 Abs. 2 BV

Hinweise zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung im Verfahren vor dem kantonalen Versicherungsgericht

Urteil vom 20. Juni 2017

9C_640/2016

Hilfsmittel in der IV; Anspruch auf eine Prothese mit Genium-Kniegelenk

Art. 8, Art. 21 Abs. 3 IVG

Zum Erfordernis der finanziellen Angemessenheit im Hilfsmittelrecht (E. 2.3). Im konkreten Fall besteht Anspruch auf ein Hilfsmittel in der Form eines Genium-Kniegelenks; die betreffende Person muss im beruflichen Alltag mobil sein, und es besteht eine zusätzliche Einschränkung bei der Sehfähigkeit (E. 6.2, E. 7.2). Im konkreten Fall ist die Versorgung mit einer Genium-Kniegelenkprothese die der speziellen Mehrfachbehinderung angepasste Versorgung (E. 7.3).

Urteil vom 21. Juni 2017

9C_59/2017

Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen; subjektive Eingliederungsbereitschaft

Art. 8 Abs. 1 IVG

Berufliche Massnahmen dienen auch dazu, subjektive Eingliederungshindernisse im Sinne einer Krankheitsüberzeugung zu beseitigen. Es braucht auch aber auch diesfalls einen Eingliederungswillen beziehungsweise eine entsprechende Motivation der versicherten Person. Fehlt der Eingliederungswille, kann eine Rente auch ohne Mahn- und Bedenkzeitverfahren aufgehoben werden (E. 3.3).

Urteil vom 28. Juni 2017

8C_83/2016

Drittauszahlung von Leistungen der IV; Rückerstattung

Art. 20 Abs. 1, Art. 25 Abs. 1 ATSG

Wenn sich die strittige Drittauszahlung auf eine zivilgerichtliche Anordnung (Anspruch auf Drittauszahlung mit entsprechender Schuldneranweisung) abstützt, steht diese zivilgerichtliche Anordnung einer sozialversicherungsrechtlichen Rückforderungsmöglichkeit nach Art. 25 Abs. 1 ATSG bezogen auf die drittauszahlungsberechtigte Person entgegen (E. 4.5, 4.6.1).

Urteil vom 29. Juni 2017

8C_113/2017

Gutachtenskosten im kantonalen Gerichtsverfahren; Höhe der Gutachtenskosten, welche vom Versicherungsträger zu übernehmen sind

Art. 61 ATSG

Es bestehen keine bundesrechtlichen Vorgaben an die kantonalen Versicherungsgerichte und das Bundesverwaltungsgericht, an welche Gutachtensstellen sie polydisziplinäre Gerichtsgutachten zu vergeben haben. Die Gerichtsinstanzen sind bei der Vergabe von Gutachten nicht an den Tarif gemäss MEDAS-Vereinbarung gebunden. Dies bringt mit sich, dass die kostenpflichtig werdenden IV-Stellen für die gesamten Kosten des Gerichtsgutachtens aufzukommen haben (E. 6, E. 7).

Urteil vom 4. Juli 2017

9C_90/2017

Gemischte Methode; hypothetisches Erwerbspensum

Art. 28a Abs. 3 IVG

Für die Annahme eines im Gesundheitsfall höheren erwerblichen Arbeitspensums ist zwar denkbar, dass sozialhilferechtlich eine Tätigkeit im Umfang von 100 % ausgeübt werden müsste. Indessen kann auf eine allfällige Praxis der Sozialhilfebehörde nur abgestellt werden, wenn sie konsequent gehandhabt wird (E. 5.4.2).

Urteil vom 6. Juli 2017

9C_706/2016

Veränderungen des Sachverhaltes; Aufhebung der laufenden Rente

Art. 88^{bis} Abs. 2 lit. a IVV

Es ergeben sich immer wieder Konstellationen, bei welchen von einer im medizinischen Gutachten festgelegten Arbeitsunfähigkeit abzuweichen ist, ohne dass dieses deswegen seinen Beweiswert verlöre (E. 3).

Urteil vom 6. Juli 2017

9C_253/2017

Invaliditätsbemessung; Gesichtspunkt des fortgeschrittenen Alters

Art. 7, Art. 8 ATSG

Begriff des ausgeglichenen Arbeitsmarktes (E. 2.2.1). Berücksichtigung des fortgeschrittenen Alters; zwar handelt es sich um einen invaliditätsfremden Faktor, der indessen dazu führen kann, dass die Resterwerbsfähigkeit nicht mehr umgesetzt werden kann; Konkretisierung des Begriffes des fortgeschrittenen Alters (E. 2.2.2).

Urteil vom 10. Juli 2017

9C_423/2017

Unentgeltliche Vertretung; Notwendigkeit einer umgehenden Beurteilung eines entsprechenden Gesuchs

Art. 29 Abs. 3 BV

Wenn der Rechtsvertreter nach Einreichung des Gesuchs um unentgeltliche Vertretung gehalten ist, weitere Verfahrensschritte zu unternehmen, ist es unabdingbar, dass die Behörde über das Gesuch umgehend entscheidet, damit Klarheit über das finanzielle Verfahrensrisiko verschafft wird (E. 4.1).

Urteil vom 14. Juli 2017

9C_806/2016

Observation in der IV; gesetzliche Grundlage

Art. 8 EMRK, Art. 13 BV, Art. 43 ATSG, Art. 59 Abs. 5 IVG

In der IV fehlt es an einer genügenden gesetzlichen Grundlage, welche die Überwachung umfassend klar und detailliert regelt (E. 4). Material, welches im Rahmen einer widerrechtlichen Observation gesammelt wurde, kann im Bereich der Sozialversicherung unter bestimmten Voraussetzungen trotzdem in die Beweiswürdigung einbezogen werden (E. 5.1.2).

Urteil vom 19. Juli 2017

9C_849/2016

Versicherungsklausel

Art. 9 Abs. 1^{bis} bis Abs. 3 IVG

Das Recht auf Gewährung von Eingliederungsmassnahmen im Sinne von Art. 9 Abs. 3 IVG erlischt, wenn die Unterstellung des einzigen Elternteils endet und die Voraussetzungen von Art. 9 Abs. 2 IVG nicht erfüllt sind. Unter Berücksichtigung der Systematik von Art. 9 IVG muss eine Unterstellung der betreffenden Person oder mindestens eines Elternteils während des Leistungsbezugs auch bestehen, wenn sich der Leistungsanspruch auf Art. 9 Abs. 3 IVG stützt (E. 5.2).

EL

Urteil vom 11. Juli 2017

9C_831/2016

Berücksichtigung von Anteilsscheinen einer Baugenossenschaft; anrechenbares Vermögen

Art. 11 Abs. 1 lit. c ELG

Rechtsprechung zur Berücksichtigung von Vermögenswerten bei der Berechnung von Ergänzungsleistungen (E. 5.1). Die Fiktion des Vermögensverzehr kann bei jenen Vermögenswerten nicht greifen, über die der EL-Ansprecher nicht ungeschmälert verfügen kann. An dieser Voraussetzung fehlt es im Falle von Genossenschaftsanteilen eine Baugenossenschaft, welche nicht verwertet werden können, ohne dass gleichzeitig die Wohnung gekündigt wird (E. 5.2).

BV

Urteil vom 30. Juni 2017

9C_365/2017

Zuständigkeit zur Gewährung der Invalidenrente

Art. 23 lit. a BVG

Verbindlichkeit des Entscheides der IV-Stelle. Auch wenn bei Schubkrankheit hinsichtlich des zeitlichen Konnexes zwischen Arbeitsunfähigkeit und Invalidität gegebenenfalls ein weniger strenger Massstab anzulegen ist, ist im konkreten Fall eine erforderliche Konnexität nicht anzunehmen (E. 3.2).

Urteil vom 30. Juni 2017

9C_647/2016

Zuständigkeit zur Erbringung von Invalidenrenten in der beruflichen Vorsorge; Anpassung an Preisentwicklung

Art. 23 BVG

Im konkreten Fall ist nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass die aufgetretenen gesundheitlichen Einschränkungen schon während der Versicherungsdauer auftraten; sie stellen auch keinen Rückfall beziehungsweise keine Verschlimmerung eines versicherten Ereignisses dar (E. 4.5). Die Anpassung an die Preisentwicklung gemäss Art. 36 Abs. 1 BVG gilt nicht für den Bereich der weitergehenden beruflichen Vorsorge (E. 5).

Urteil vom 18. Juli 2017

9C_86/2017

Kapitalbezug aus der beruflichen Vorsorge; Zulässigkeit einer Frist für die Geltendmachung einer Kapitalabfindung

Art. 37 Abs. 2 BVG

Die reglementarische Statuierung einer Frist einer Geltendmachung einer Kapitalabfindung ist auch im (obligatorischen) Rahmen von Art. 37 Abs. 2 BVG zulässig. Dass je nach Ausgestaltung des Reglements entweder gar keine oder aber eine kürzere oder längere Frist zu beachten ist, stellt keine Verletzung des Gleichbehandlungsgebots dar (E. 3.3.5).

KV

Urteil vom 20. Juni 2017

9C_8/2017

Obligatorium der Versicherung in der Krankenpflege; Ausnahme von der Versicherungspflicht

Art. 3 Abs. 2 KVG, Art. 2 Abs. 8 KVV

Für die Frage nach der Erfüllung der Voraussetzung einer klaren Verschlechterung des Versicherungsschutzes gemäss Art. 2 Abs. 8 KVV sind auch die Nachteile der bisherigen Versicherung zu berücksichtigen, wenn dadurch die KVG-Versicherungsdeckung unterschritten wird (E. 2.2.2). Wenn die bestehende Versicherung die Pflegekosten nicht so deckt, dass auch die Leistungen gemäss Krankenpflegeversicherung zumindest annähernd gewährleistet sind, liegt in der Regel keine klare Verschlechterung vor (E. 4.2).

UV

Urteil vom 13. Juni 2017

8C_555/2016

Unfallähnliche Körperschädigung; Eventualvorsatz

Art. 4 ATSG, Art. 9 Abs. 2 UVV (in der bis Ende 2016 gültigen Fassung)

Die Absicht beziehungsweise Unfreiwilligkeit bezieht sich auf die Herbeiführung des Gesundheitsschadens selbst und nicht auf die zur gesundheitlichen Schädigung führende Handlung (E. 4.2.1). Beim Eventualvorsatz ist die Voraussetzung der fehlenden Absicht beziehungsweise der Unfreiwilligkeit ausgeschlossen (E. 4.2.3). Im konkreten Fall ging der zu beurteilende Schlag gegen die Wand über das hinaus, was bei alltäglichen Formen des Sich-Abreagierens noch üblich ist (E. 4.2.4). Folgen einer sinnlosen Gewalteinwirkung sollen nicht von der Versichertengemeinschaft getragen werden müssen (E. 4.2.4).

Urteil vom 14. Juni 2017

8C_333/2016

Adäquanz als Leistungsvoraussetzung

Art. 4, Art. 7, Art. 8 ATSG

Wenn bezogen auf einen Leistungsanspruch ein Anpassungsgrund besteht, ist der Leistungsanspruch für die Zukunft in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht umfassend zu prüfen. Dies gilt auch bezogen auf die Frage der Adäquanz; dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Adäquanzkriterien ein gewisses zeitliches, dynamisches Element berücksichtigen (E. 5.1). Die Prüfung der Adäquanz bedarf gewisser tatsächlicher Grundlagen, weshalb in komplexeren Fällen nicht Aufgabe der letzten Instanz sein kann, die Adäquanz als erstes und einziges Gericht zu beurteilen (E. 5.2).

Urteil vom 14. Juni 2017

8C_228/2017

Bestimmung des Invaliditätsgrades; Massgeblichkeit der LSE

Art. 16, Art. 52 ATSG

Massgebender Zeitrahmen, welcher im Einspracheverfahren massgebend ist (E. 4.1.2). Anwendbarkeit der LSE 2010 beziehungsweise der LSE 2012. Laufende Invalidenrenten dürfen nicht allein zufolge Anwendung der Tabellenwerte gemäss LSE 2012 angepasst werden. Dies gilt auch für Invalidenrenten der Unfallversicherung (E. 4.2.2).

Urteil vom 14. Juni 2017

8C_67/2017

Berufskrankheit; Nachweis und Beweismassnahmen

Art. 61 lit. c ATSG

Es ist an sich zulässig, dass der Versicherungsträger nach Einreichung der Beschwerde an das kantonale Versicherungsgericht unter bestimmten Voraussetzungen weitere Beurteilungen einholt.

Es ist bei einer solchen Ausgangslage indessen Sache des Gerichts, unter Gewährung der Parteirechte die nötigen Beweise abzunehmen und zu den strittigen Fragen Zeugen einzuvernehmen (E. 5.6).

Urteil vom 19. Juni 2017

8C_189/2017

Abgrenzung selbständige/unselbständige Erwerbstätigkeit; Taxifahrer

Art. 10 ATSG

Allgemeine Grundsätze für die Abgrenzung der selbständige von der unselbständigen Erwerbstätigkeit (E. 3). Im konkreten Fall spricht für eine unselbständige Tätigkeit, dass der Taxifahrer kein eigentliches Betriebsrisiko trägt und sich jedenfalls faktisch an einen Einsatzplan zu halten hat (E. 4.2).

Urteil vom 6. Juli 2017

8C_73/2017

Berufskrankheit; Frage einer posttraumatischen Belastungsstörung nach Berichterstattung aus politischen Krisengebieten

Art. 9 Abs. 2 UVG

Voraussetzungen für die Annahme einer Berufskrankheit (E. 2.2). Die im konkreten Fall vorliegenden ärztlichen Berichte und Stellungnahmen zeigen unterschiedliche Angaben und höchst widersprüchliche Einschätzungen (E. 5). Eine PTBS-Diagnose lässt sich rechtsprechungsgemäss nicht von vornherein bloss auf Grund der Latenz verneinen (E. 6.5).

FamZ

Urteil vom 30. Juni 2017

8C_79/2017

Erlass der Rückforderung; Voraussetzung der Gutgläubigkeit

Art. 25 Abs. 1 ATSG

Voraussetzung des guten Glaubens als Kriterium des Erlasses der Rückforderung (E. 4.1). Im konkreten Fall kann dem Versicherungsträger nicht entgegengehalten werden, dass er ein unvollständig ausgefülltes Anmeldeformular ohne Nachfrage entgegennimmt (E. 5.4.2). Auch von einer fremdsprachigen versicherten Person mit einfachen Kenntnissen der deutschen Sprache kann erwartet werden, dass sie realisiert, dass auf die Frage, wo das Kind lebt, anzugeben ist, wenn das betreffende Kind im Ausland lebt (E. 5.5).

ALV

Urteil vom 30. Juni 2017

8C_829/2016

Versicherter Verdienst; Bezug von Taggeldern der IV

Art. 23 Abs. 1 AVIG, Art. 37 Abs. 1 AVIV

Begriff des versicherten Verdienstes (E. 4.2.1). Beitragspflicht bezogen auf die Taggelder der IV mit der Folge, dass IV-Taggelder massgebenden Lohn im Sinne der AHV darstellen (E. 4.2.3). Wenn in der Rahmenfrist Taggelder der IV ausgerichtet wurden, stellen diese Taggelder den versicherten Verdienst dar (E. 5).